

**Interpellation SVP-Fraktion:  
«EU-Beitritt Option für die St.Galler Regierung?»**

Im Jahr 1992 haben sich eine Mehrheit von Volk und Ständen gegen den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ausgesprochen. Rund zehn Jahre später lehnten alle Stände sowie über drei Viertel der Stimmbürger die EU-Beitrittsinitiative ab.

Nachdem sich die Stimmbürger auf eidgenössischer Ebene sodann mehrmals klar für die Weiterführung des bilateralen Weges ausgesprochen haben, ist das strategische Ziel des EU-Beitritts auch vom Bundesrat aufgegeben worden. Selbst der Wirtschaftsverband «economie-suisse», welcher auch eine institutionelle Annäherung an die EU in den Neunzigerjahren nie ausgeschlossen hat, spricht sich heute dezidiert gegen einen EU-Beitritt der Schweiz aus: Dies sei keine Option mehr für unser Land.

Umso erstaunlicher, dass die Kantonsregierungen einschlägigen Presseberichten zufolge stur an der Option EU-Beitritt festhalten wollen (vgl. «NZZ am Sonntag» vom 26. März 2006). Der Präsident der Arbeitsgruppe «Europa-Reformen der Kantone» (EuRefKa), Regierungsrat Georg Hess, lässt verlauten: «Wenn die Kantone weiterhin Einfluss nehmen wollen, dann müssen wir die Option Beitritt offen halten» («NZZ am Sonntag», 26. März 2006).

Vor diesem Hintergrund ersuchen wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der EU-Beitritt auch aus Sicht der Regierung des Kantons St.Gallen eine ernsthafte Option?
2. Teilt die Regierung die Ansicht der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), dass die Mitsprache der Kantone innerhalb der EU grösser sei als im Rahmen der unabhängigen Eidgenossenschaft?
3. Ist die Regierung der Auffassung, diese Haltung – das Anstreben der Option EU-Beitritt – widerspiegeln die Ansicht einer Mehrheit der Stimmbürger des Kantons St.Gallen?
4. Wie erklärt sich die St.Galler Regierung das Vorgehen der Konferenz der Kantonsregierungen? Widerspricht dieser europapolitische Aktivismus nicht diametral den Abstimmungsergebnissen der letzten 15 Jahre?
5. Was wird die Regierung im Rahmen der KdK unternehmen, um sicherzustellen, dass die Abstimmungsentscheide und das Bekenntnis des Souveräns zum Bilateralen Weg auch von den Kantonsregierungen respektiert werden?»

3. April 2006

SVP-Fraktion